

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Verleger: Dr. 129, 138 20, 138 27, 171 08. Postfach: Leipzig Nr. 2040. Telegr.-Nr.: Neust. Dresden

Abonnementspreise:
Bei freier Zustellung ins Haus monatlich M. 4,25, vierteljährlich M. 12,75. Wenn man in Dresden: monatlich M. 3,75, vierteljährlich M. 11,25, ohne Hauszustellung. Wenn man im Ausland laut Eintragung in den Verzeichnissen der Postämter im Inlande monatlich M. 1,00, nach dem Ausland monatlich M. 4,00. Preis für die Einzelnummer 20 Pf.

Das Ende des Militärgerichts

Obwohl in den Kreisen der Parteien über die Behaltungs- oder Beseitigung des Militärgerichts einig ist, so ist doch darüber noch viel zu sagen, ein Urteil über die Zweckmäßigkeit des in der Nationalversammlung in der zweiten Sitzung angenommenen Beschlusses zu gewinnen, der die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit gegenstand hat. An sich geht in der stillen Gerichtsbarkeit die Tendenz offensichtlich immer mehr dahin, den Sonderinteressen der Berufsgruppen nach Möglichkeit gerecht zu werden. Wir haben die Kaufmannschafts- und Gewerbetreibenden, die Kammer für Handelshandels- und Arbeitergerichtsbarkeit bei Vollstreckungen usw. Es liegt deshalb nahe, die Militärgerichtsbarkeit zu beseitigen und sie nicht in die Jurisdiktion der Zivilgerichte aufgehen zu lassen. Es darf aber nicht verkannt werden, daß bis weit in die Kreise der rechtsgewandten Parteien hinein die Meinung besteht, daß im Falle der totalen Umwälzung das Militärgericht, wie es in der Funktion der Militärgerichtsbarkeit als ein Ausfühler der Vorkriegsgerichtsbarkeit besteht, einer gegnerischen Auffassung weichen muß. Ganz abgesehen davon, daß die Autorität des militärischen Vorgesetzten die reine Disziplinargewalt umschließt und in die Gerichtsbarkeit einwirkt, und abgesehen davon, daß viele Verhandlungen der Militärgerichte mit Rücksicht auf die elementar autoritative Kraft des Militärstrafgesetzbuchs und der öffentlichen Militärstrafgerichtsbarkeit als ein gewisses Element der Strafgewalt angesehen werden können, ist nicht einzusehen, warum bei militärischen Straftaten die zivile Gerichtsbarkeit nicht ganzherzige Ergebnisse haben sollte.

Der Einwand, daß Zivilgerichte mehr kein Verständnis für militärische Dinge haben und daß die Richter zu langsam arbeiten, ist durchaus abzuwägen. Unsere Zivilrichter werden sich im allgemeinen verhalten, für unzulässig gehalten zu werden, sich in die militärische Auffassung der Straftaten und in das militärische Milieu einzufinden. Ein solches Einverständnis und eine ausreichende Kenntnis militärischer Realitäten wird allerdings vorhanden sein müssen, wie dem Oberhaupt für jeden Prozeß und für jeden Richter eine eingehende Beschäftigung mit der Psychologie unvermeidlich ist. Nach dem neuen Gesetzentwurf, der nach einigen Änderungen im Oktober dieses Jahres in Kraft treten soll, werden die zivilischen Militärstrafbeamten auf die Zivilgerichte übernommen werden. Diese Bestimmung ist sicherlich sehr dazu angehen, auch wenn Gegner der Vorlage mit dem neuen Gedanken auszuföhnen, denn durch diese Übernahme wird ein Stimm von Spezialisten in das neue Milieu verpflanzt, der dafür Sorge tragen wird, daß jenseit auf dem Autoritätsgebirge stehenden Psychologie womöglich kein Abbruch geschieht.

Der Zweck des Gesetzes, die Gerichtsbarkeit aus der Form herauszubringen und in die zivile und durch ihre geschwundene Atmosphäre hereinzutragen, ist durchaus verständlich. Es ist ferner, wenn bekannt wird, daß die Verhältnisse der Militärgerichtsbarkeit sich in einem Ausmaß der Vorkriegsgerichtsbarkeit, das man sich nicht vorstellen kann, befinden. Das Beispiel von Frankreich mit seiner Militärgerichtsbarkeit kann nicht hier maßgebend sein, weil dort der Militärstrafbeamte wie zum Dohn auf die demontierten Verhältnisse die wahren Willen treibt. Für uns aber ist die Tatsache, daß die Disziplin erhalten bleibt, und das nicht aufgeben, nicht trotz, sondern gerade infolge der Abkündigung der von der Entlassung überhöhten Militärgerichtsbarkeit.

Nachprüfung im Ruhrgebiet

Vom zuständigen Seite erzählt das Post-Bureau: Die Tätigkeit und die Nachprüfung der im Ruhrgebiet einsetzenden außerordentlichen Kriegsgerichte hat einen Umfang und einen Charakter angenommen, der der Rechtsprechung der Reichsregierung nicht mehr entspricht. Die Nachprüfung hat daher Aufweisungen erhalten, die die Tätigkeit der Nachprüfer über diesen Bereich neu regeln und die Tätigkeit der Kriegsgerichte wesentlich einschränken. Insbesondere ist bestimmt worden, daß alle noch in Kraft befindlichen Personen, die vor dem 2. April 1920 in Ansehung der rechtskräftigen Angelegenheiten der Ruhr-Deute auf die Verfassung an sich tragbare Entscheidungen ergangen haben, sofort aus der Haft entlassen werden. Zur Beschleunigung der Durchführung werden besondere Beamte der Justizverwaltung entsandt werden, um an Ort und Stelle alle die sofortige Freilassung Entscheidung zu treffen. Wegen der ergrangenen Urteile der außerordentlichen Kriegsgerichte ist eine sofortige Nachprüfung einmündig worden. Die Nachprüfung von insgesamt 154 handlungsgegenständlichen Urteilen ist bereits durch Verfügung des Reichspräsidenten ausgesetzt und die Nachprüfung dieser Fälle im Wege eines geregelter Gerichtsverfahrens angeordnet worden.

Der Reichswehrminister Geisler ist aus dem Ruhrgebiet zurückgekehrt. Er begibt sich jetzt nach Kiel und Wilhelmshaven, um sich persönlich von den dortigen Zuständen zu überzeugen.

Neue Entlassungen in der Reichswehr

Berlin, 20. Mai. Zur Bereinigung der Reichswehr nach den Forderungen des Versailler Friedensvertrages kommen am 15. Juni weitere 12 000 Mann Reichswehr zur Entlassung.

Die Umwidmung des Reichswehrministeriums

Berlin, 20. Mai. Zur Reorganisation des Reichswehrministeriums erfolgt der „Botschafter“, daß man sich dahin geeinigt habe, daß der Vizepräsident des Reichswehrministeriums in eine Unterstaatssekretärstelle umgewandelt werden soll, die jedoch durch einen Zivilisten besetzt werden wird.

Pläne zur Sanierung der europäischen Finanzen

Paris, 20. Mai. (Ein Drahtbericht) Der „New York Herald“ meldet aus London: In englischen Bankkreisen wird der Plan erwogen, wie eine internationale Anleihe von 500 bis 600 Millionen Pfund Sterling am besten untergebracht werden könnte. 500 bis 600 Millionen Pfund Sterling erscheinen als Mindestsumme, um Europa wirtschaftlich und finanziell wieder aufzurichten. Deutschland müßte die Anleihe dieser Anleihe aufbringen. Jahresabgaben von 100 Millionen Pfund Sterling und keine Bedürfnisse an Lebensmitteln befriedigen können. Doch Amerika auf diese Anleihe zuzugreifen wird, wird von den englischen Banken nicht angenommen. Ob diese Anleihe in den Händen der verbündeten und neutralen Staaten abnehmer finden würde, erscheint einmündig noch zweifelhaft. Ein Zustandekommen dieser Anleihe macht man in London abhängig von dem Gelingen der Wirtschaftsverhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich, die in dieser Woche beginnen. Man nimmt auch als gewiß an, daß Rittl wieder Ministerpräsident wird, dessen Programm in den wirtschaftlichen Wiederbauplan Europas fortreife.

Ueber die Stimmung, die in Amerika gegen eine englische Anleihe herrscht, berichtet der „New-Yorker Herald“ aus Washington, daß man in Konkretenkreisen den Plan interessant finde, daß aber eine Anleihe dieser Art keinem europäischen Staat mehr bewilligt werden würde, selbst dann nicht, wenn die Verbündeten die Schulden an die Vereinigten Staaten zurückzahlen würden, die sie während des Krieges aufgenommen hätten. Man glaubt auch nicht, daß die Amerikaner geneigt sein würden, die neuen Schwierigkeiten auf sich zu nehmen, die mit dem Einbringen einer solchen Anleihe zusammenhängen und daß man dagegen verlangen wird, daß jeder eint. Kredit nur für den Wiederaufbau und nicht für politische Zwecke verwendet wird. Da die amerikanischen Verbündeten an Deutschland durch die Beschuldigung ausländischer Verluste garantiert sind, haben die Amerikaner kein Interesse mehr an der deutschen Entlassung. Es besteht jedoch keine Dunkelheit für die Beteiligung amerikanischer Banken an dieser Anleihe. Daß der Vertreter Amerikas kein Geld für eine europäische Anleihe hat, hat kürzlich Senator Borah damit begründet, daß alle europäischen Staaten geringere Einkommensteuern erheben, als Amerika. Solange die europäischen Staaten nicht ihre Steuererhebungen umstellen, so lange ist Amerika nicht in der Lage, ihnen zu helfen.

Ein vernünftiger Vorschlag

Amsterd., 20. Mai. Die „Westminster-Gazette“ schreibt aus dem Ergebnis der Konferenzen von Dordrecht und London, daß es nicht nur ein Entschuldigungsverfahren sein würde, die die Deutschen vorwiegend innerhalb 12 oder 16 Jahren bezahlen könnten, und den Deutschen die Art der Zahlung zu überlassen, wobei im Unterhandlungsstadium gewisse Zinsen festzusetzen wären. Der Plan, von dem einige Korrespondenzen sprachen, eine hohe Mindestsumme festzusetzen, deren Zahlung sich über einen Zeitraum von 30 Jahren erstrecken würde, und diese in dem Maße in die Höhe zu schrauben, wie Deutschland sich erholte und seine Zahlungsfähigkeit sich vermehrte, ist unrichtig. Er würde wahrscheinlich auf die Dauer gerade das Gegenteil des erstrebten Ziels erreichen. Niemand kann die künftige Entwicklung während eines so langen Zeitraumes, wie es 30 Jahre sind, übersehen. Wir sind überzeugt, daß solche Gedanken niemals durchgehen sollten, wenn die Staatsminister, die sie am Leben erhalten, sich nicht nach dem Wohlfühlstande selbst durch ihre Besprechungen die Hände abwenden hätten.

„Die Handelsblätter“ schreiben: Vorläufig ist es noch schwer, die Bedeutung der in Dordrecht gefassten Entscheidungen zu beurteilen. Zwischen England, Frankreich und den anderen Alliierten wird wohl noch weiter verhandelt werden müssen, bevor man sich einem fest umrissenen Programm der Reparationen in Spa bestimmen kann. Dieses Programm kann übrigens, wenn die Konferenzen in Spa keine Komödie sein soll, nur vorläufigen Charakter tragen. Es ist zu befürchten, daß es noch länger als bis zum 21. Juni dauern wird, bis man untereinander einig geworden ist, falls man nicht endlich so verständig ist, erst den Deutschen Gelegenheit zu geben, sich darüber auszusprechen, was möglich und was unmöglich ist. Deutschland, das in den Reichs-, Staats- und Gemeindefinanzverhältnissen ein ungeheures Defizit von beinahe 40 Milliarden Mark hat, muß ein Wort zu sagen in der Sache sein. Andernfalls werden die Alliierten sehr bald merken, daß man trotz aller schönen Redensarten untereinander dort nicht holen kann, wo nichts ist.

Der Reichsstaatskommissar in Paris

Wie wir hören, hat sich der Reichsstaatskommissar mit einigen seiner leitenden Beamten in der vergangenen Woche zu Besprechungen nach Paris begeben. Es ist dabei zum erstenmal möglich gewesen, die deutsch-französischen Beziehungen zwischen den zuständigen deutschen und französischen Sachverständigen näher kennenzulernen und mit dem Willen an gegenseitiger Verständigung und an wirksamer Zusammenarbeit. Einmalige Besprechungen dieser Art werden nicht öfters wiederholt werden, da die französischen Beamten, die sich in Paris befinden, dem Obersten Rat oder der Wiederanmodulationskommission überlassen zu müssen.

Gründung einer internationalen Handelskammer

Paris, 20. Mai. (Ein Drahtbericht) Bekannter verammelten sich in Paris die Vertreter der großen wirtschaftlichen Vereinigungen der Vereinigten Staaten, Englands, Italiens, Frankreichs und Belgiens, um das Protokoll für die bevorstehende Gründung einer internationalen Handelskammer in Paris zu beschließen. Dieses Protokoll wird dem vom 21. bis 25. Juni in Paris stattfindenden Rat der Alliierten vorgelegt werden, dem in den verbündeten Ländern ein außerordentliches Interesse entgegengebracht wird. Allein über 100 amerikanische Vertreter verschiedener wirtschaftlicher Vereinigungen haben bereits Pläne befreit.

Die Keinen Liebesabenteuer unserer kleinen Neger

Paris, 20. Mai. Der „Paris-Matin“ läßt die Angriffe auf die „braunen Schwarzen“ im belagerten Gebiet durch einen kleinen Artikel des „L'Express“ in Frankreich beantworten. In dem Artikel heißt es u. a.: „Die italienischen, englischen, spanischen Kritiker verlegen, daß unter Schwarzen in Deutschland nicht so brutal ausgetrieben, wie die deutschen Soldaten in Belgien und in Frankreich es gemessen sind. Die Schwarzen brauchen keine Dämonen wieder, vernichten die Kolonialtruppen nicht. Missetaten erwartet haben, am meisten erkrant sein.“ Ueber die „kleinen Liebesabenteuer unserer kleinen Neger“ macht sich Forest, der früher die schmerzlichen Folgen geschrieben hat, ab: alle Wunden lüften.

Die Entschädigungen in Frankreich

Berlin, 20. Mai. (Ein Drahtbericht) Nach Meldungen aus Frankfurt a. M. sind die durch die Franzosen während ihrer Besetzung verübten Sachschäden nach den vorläufigen Berechnungen der einzelnen Kommissionen mit 6 1/2 Milliarden Mark ermittelt. Es werden nur diejenigen Schäden zur Anwendung angenommen, für deren Entstehung militärische Gewalt der Besatzungsarmee nicht geltend gemacht werden können.

Englisch-französische Probleme

Rotterdam, 17. Mai

Bei der gestrigen Sitzung der französischen Presse gegen England, das — wie in Paris erklärt wird — Frankreich aus seinen berechtigten Ansprüchen in Kleinasien verdrängt, ist es bezeichnend, daß auch hier sehr respektvoll über die Wünsche Italiens in Dordrecht gesprochen wird. Eine politische Verantwortlichkeit lagte: „Wohin George macht während der Konferenz, daß der Schuldner das Recht erhalten müßte, am über die Höhe der von ihm gestellten Ansprüche und über die Art der Schuldenentlastung mitzureden.“ Das ist insofern zutreffend, da der französische Ministerpräsident die „Gesetze von Spa“ dadurch einzuführen glaubt, daß er der deutschen Regierung nicht das Recht der leichtberechtigten Wiederaufbau anerkennen will. Unmittelbar vor seiner Reise nach Dordrecht lag die Pariser Regierungspresse seine Warnungsbotschaft zu vernachlässigen: die deutsche Regierung will sich der Besprechungen zum Ausgangspunkt einer politischen Diskussion und zum Ausgangspunkt zu machen. Dies muß vermieden werden. In englischen Regierungskreisen hat man wohl den Wunsch, die bevorstehenden Besprechungen mit der deutschen Regierung vorzubereiten, aber eine in die deutsche gehende Erörterung der Entschädigungsfragen, unter Berücksichtigung der politischen Lage, glaubt man nicht vermeiden zu können. Im Gegenteil, die Liberalen wünschen sogar diesen „Ausflug“, weil sie sich davon die Befreiung aus der Völkerbund-Ragelegenheit versprechen. Robert Cecil, der sich mit Lord George über die Konferenz in Spa mehrmals unterhielt, läßt in seinem Blatt, der „Westminster Gazette“, deutlich die Meinung ausdauern, daß Spa ebenfalls die Vorbereitung für die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund wäre. Nach Auflösung des Obersten Rates und Abschaffung der „Entschädigungsfragen“ deren letzte die von Spa Reno gewesen sei, müßte der Völkerbund des Völkerbundes in Aktion treten. Cecil's Organ hofft auf die baldige Beilegung der Vereinigten Staaten.

Es ist sicher, daß sich die tonangebende englische Öffentlichkeit, deren Interessen sich in Deutschland nach demselben geäußert haben, in Spa vertreten lassen wird. Dort wird es denn auch zu einer Aussprache mit französischen Vertretern der Schwerindustrie kommen. Die Vereinbarung der Entschädigungsfrage durch diese Kreise hält die Londoner Finanzpresse, gewöhnlich sehr uninteressiert, für ebenso unabweisbar wie unvermeidlich. Die französischen Forderungen werden also einer genaueren Nachprüfung durch englische Finanzmänner nicht entgehen. Demgemäß rechnen beispielsweise „Financial News“ auf erhebliche Auseinandersetzungen zwischen den Art der Arbeitsfähigkeit Deutschlands interessierten Parteien.

Eine Vorbesprechung zwischen Ostende und Spa

Wie das „Echo de Paris“ mitteilt, werden Minister und Lord George vor der Gründung der Konferenz in Spa in Dordrecht erwartet. Auf dem Wege zur Konferenzstadt werden die letzten Verhandlungen zwischen den beiden Ministerpräsidenten stattfinden.

Öffentliche Verkündung des Völkerbundes

Rom, 20. Mai. Heute, Donnerstag, wird auf dem Kapitol in öffentlicher Sitzung die Gründung des Völkerbundes verkündet werden.
Luzern, 20. Mai. In der gestrigen Sitzung des Rates des Völkerbundes wurde u. a. die Entscheidung eines Ausschusses für Beschränkungen der Waffnungen behandelt. Die englische Delegation äußerte den Wunsch, daß der Vorkriegszustand durch einen Vertreter der am Grunde beteiligten Staaten geklärt werde, damit eine Unparteilichkeit ihrer Arbeiten gesichert sei. Der Vorkriegszustand befreit, die nächste Sitzung in Genf abzuhalten.

Der Friede mit Lettland

Vor etwa zehn Tagen sind die Verhandlungen zwischen Deutschland und der lettischen Räte-Delegation, die — ein etwas eigenartiger Vorgang — in Berlin da pauc facienda erschienen sind, abgeschlossen worden. In der lettischen Mission (so, wie man und berichtet, das Ergebnis durch ein solches Wahl geteilt worden sein. In offiziellen deutschen Kreisen ist man bislang sehr vorsichtig und zurückhaltend geblieben. Nur ein paar wohlthuende Allgemeinurteile ausstreuenden Demutis hat man — der im Krieg von der Donau über den verplanten Ausdruck ist schnell wieder abgeblieben — nicht „verlautbart“, nicht Oakes und nicht Schiedes. Nun ist es ja richtig, daß ein wirtschaftliches Abkommen noch nicht geschlossen worden ist. Man hat sich vorerst nur über gewisse Grundsätze geeinigt: über den Rahmen, in dem die Friedensabmachungen sich bewegen sollen. Das eigentliche Vertragsinstrument hat erlitten eine besondere Kommission zu vereinbaren und zu unterzeichnen. Immerhin ist zu sagen, daß dieser Friede — ein Friede, dem kein Krieg voranging — nicht ganz so leicht ausfällt, als es anfangs den Menschen haben mochte. Diese lettischen Diplomaten und Diplomatinen — die erste Reihe in der lettischen Gesellschaft spielt eine gelehrte und feiergewandte Dame, die während des Krieges von der Schweiz aus nicht nur durch ihre Stellungsaufstellungen dem Deutschen Reich schadet hat — sind ja noch mehr homines novi, als nach dem Umsturz das auch anderswo der Fall zu sein pflegt. Sie haben, offenbar übermüht von dem bisher unbekanntem Geschäft, als souveräne Staatsvertreterinnen mit Vertretern des Deutschen Reiches (sozusagen als Macht gegen Macht zu verfahren, ein wenig renommieren, und so sind die Gespräche entstanden von dem „Tischfriede“, den Lettland aufkommen mit einer gewissen Kontinuität auszuüben wollen und der fernerhin nirgendwo anders zu schließen sei als in der zur selbständigen Republik gewordenen alten Hauptstadt Riga.

Was so schlimm haben die Letten es nun doch nicht mit und vor. Es kann schon sein, daß wie fatalisch in einem von der lettischen Mission herausgelassen empfundenen Memorandum der „Streuversatz“ an lesen war, man dort auf Grund von Briefen, die ihre Absichten nicht erzählten, weil sie in Wahrheit nie geschrieben wurden, wenn ein Verbot aller baltischen Hilfsorganisationen auf deutschem Boden durchgedrückt hätte. In dem Ende hatte man sogar ein Schreiben an einen Auslands-Minister erhalten, das auf einen überhaupt nicht existierenden „Volksbund“ als den einzigen Urheber des letzten Attentats auf Herrn Illmanis hinwies. Aber förmlich anemeldet hat die Delegation ein solches und haben die ihr beigegebenen Herren der lettischen Schöpfung diesen Anwurf nicht. Die deutsche Regierung hätte sich am liebsten dazu betenden, die beheldenen Kräfte baltischer Selbsthilfe — karitative Organisationen, bei denen alle Politik ausnahmslos und grundsätzlich ausgeschlossen ist — zu verbieten. Welt über ist darauf an stellen, daß sie, nach an ihr liegt, um wird, daß es einseitige Reden der warmen Vorkriegszeiten, die zwischen die Wühlsteine des Weltkrieges gerieten, zu hindern.

Dennoch haben die Letten eins erreicht: sie ergötzen als Abfindung oder Vergütung für die durch Krieg und Okkupation ihrem Lande angedauerten Schäden die Summe von 500 Millionen Rubel. Also, da der Dordrecht auch im freien Verkehr in Lettland und Litauen gleich zwei Mark gilt, ungeachtet eine Milliarde Mark. Ähnlich wird die ganze Summe schwerlich von uns in bar entrichtet werden, die deutsche Delegation hat in dem verkehrten Land Werte investiert, die vielfach mit dem Boden verknüpft sind und ihm bleiben. Wir haben davon abhand und Drücken und Weat, haben auch sonst manderlei in das letzte lettische Staatsbudget hineingetragen, was bei der hiesigen und nicht übermäßig würden Grund um die Fortschritte von 1918 nicht abgehandelt und nicht beimgedrückt werden konnte. Das in Riga an bringen und zu verrechnen, wird eine Dauerarbeit der deutschen Unterhändler sein. Daneben wird man wünschen müssen, daß sie für eine spätere deutsche Entschädigung des baltischen Deutschland, das im großen Durchbruch alles, auch die letzte künftige Jahrtausend verlor, sich Garantien geben lassen.

So bleibt für die weiteren, die entscheidenden Verhandlungen noch abzuhandeln zu tun, und schließlich wird sich auch noch der Reichstag mit der Angelegenheit zu befassen haben. Das endliche Friede werde, will sagen, das aergette Verhältnis wiederherstellen und Handel und Wandel in ihre 1000 ja lange entsetzten Rechte eingesetzt werden, ist im Interesse beider Länder zu wünschen. Gewiß, die Letten sind nur ein kleines Volk, in Wahrheit wohl nur ein Volkstücker. Vor dem Kriege mochten sie 1 300 000 Köpfe zählen, jetzt werden es kaum mehr als 600 000 sein. Viele sind vertrieben worden, andre sind freiwillig fortgegangen mit der von den Russen demilitarisierten Invalide und den vor dem Einmarsch der Deutschen flüchtenden russischen Überlebenden. Heberwiegend haben sie in Rußland ein gutes Unterkommen gefunden, nicht wenige fliegen wohl auch zu den Stäten und Wärdenträgern der Sowjet-Republik auf; lange Zeit bildeten die lettischen Regimenter die einseitige Garde der neuen moskowitzischen Gebiete. Aber dieses kleine Volk, das auf einem abgegrauten Stück Erde steht, gehört zu unsern nächsten Karainern. Durch Lettland ging, als es noch ein Stück der baltischen Provinzen war, ein gut Teil des deutsch-russischen Handels und wird, wenn Rußland über kurz oder lang wieder einmal zu normalen Zuständen kommt, wieder darüber gehen. Und es ist auch heute noch die schwarze erlich geliebte Heimat deutscher Menschen. Freilich, auch die Deutschbalten sind im letzten Jahrtausend atomisiert und zerstreut worden. Immerläufige Schöpfung besitzen die Letten der am weit im Norden baltischen, also in Ostpreußen nie in Westpreußen.